Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 82 (2002)
Heft: 5

Rubrik: Dossier : Bildung und Forschung

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Robert Nef

Mehr Wettbewerb in Bildung und Forschung

Privatisierung – die Option der Zukunft

Ein grosser Teil der Probleme, die man in den letzten vierzig Jahren durch Regionalisierung, Zweckverbände, Finanzausgleich und Zentralisierung glaubte organisieren und reglementieren zu müssen, sind in Zukunft durch Privatisierung zu lösen. Das Problem der Kostenexplosion und der zunehmenden Unmöglichkeit einer rationalen und gerechten Zuordnung von Zahlenden und Profitierenden wird damit wieder lösbarer. Die dienstleistenden Institutionen bestimmen via Wettbewerb den politisch-geographischen Umfang ihres Benutzerkreises unabhängig von der Steuerbelastung und ohne Verzerrung durch Subventionen und Interventionen flexibel selbst. Das Finanzierungskonzept basiert auf folgendem Modell: Die Benützer bezahlen die vollen konkurrenzmässigen Preise – und die allenfalls notwendige soziale Abfederung erfolgt durch demokratisch ermittelte Subjekthilfe, d.h. durch Direktzahlungen, im Rahmen jenes Gemeinwesens, das für die konkrete Unterstützung und Förderung bestimmter Gruppen (z. B. Bedürftige, Benachteiligte, Begabte, Junge, Alte, usw.) zuständig ist. Die Gemeinwesen konkurrieren untereinander, indem eine transparente demokratische Ausmarchung zwischen der Höhe der umverteilenden gezielten Subjekthilfe und der generellen Steuerbelastung möglich wird. Die politische Fragestellung lautet dann wie folgt: Will man mehr klar definierte Gruppen gezielt durch Beiträge unterstützen und entsprechend höhere Steuern bezahlen, oder will man das nicht? Sozialpolitische Anliegen werden damit als solche erkennbar, politisch diskutierbar und finanztechnisch bezifferbar und treten nicht mehr in einem undurchschaubaren Mix des ohne klare Abgrenzungen diffus operierenden «Service public» zusammen mit Bildungs-, Forschungs-, Gesundheits-, Verkehrs-, Kultur- und Regionalpolitik in Erscheinung. Ein sozialer Abbau wäre damit – vor allem für die wirklich Bedürftigen – nicht notwendigerweise verbunden. Angesichts der

Max Hunziker, Simplicissimus. Illustration zum Dritten Buch, Zürich 145, S. 161.

breit abgestützten Popularität gezielter Umverteilung und der guten politischen Organisierbarkeit von konkreten Interessen, kann in einer Kombination von gebietskörperschaftlichem Wettbewerb und Mehrheitsprinzip sogar das Gegenteil stattfinden. Der Haupteffekt solcher Neuerungen läge in einer massiven Steigerung der Transparenz und der Effizienz, – vor allem in metropolitanen Gebieten, die heute im Rahmen des Finanzausgleichs zusätzliche öffentliche Mittel fordern.

Die politische Nachfrage nach solchen Verbesserungen ist allerdings bekanntlich bei keiner Partei besonders hoch, da viele politische Akteure mit Vorliebe die diesbezügliche Intransparenz bewirtschaften, sei es aus Unkenntnis der Zusammenhänge oder aus blossem populistischem Machtkalkül. Für die Anbieter des «Service public» ist die Politik der hohlen Hand ohnehin attraktiver als das Bemühen um Konkurrenzfähigkeit und Eigenwirtschaftlichkeit. Unbestritten ist, dass die wettbewerbliche Bewirtschaftung von Netzen einige Transformationsprobleme und auch grundsätzliche Knacknüsse aufgibt und einen hohen und subtilen Regulierungsbedarf auslöst, der es verbietet, Privatisierung mit allgemeiner Deregulierung gleichzusetzen, was leider häufig geschieht. Das gängige Hauptargument gegen die hier nur grob skizzierten Vorschläge lautet auch in durchaus wettbewerbsfreundlichen Kreisen und bis hinein in die wissenschaftlichen Gutachten der meist staatsfinanzierten bzw. staatsabhängigen Fachleute: Ordnungspolitische Subjektorientierung als Mittel des sozialen Ausgleichs ist theoretisch allenfalls richtig, ja, das wäre sogar *first best,* aber es ist politisch keinesfalls realisierbar. Diese Behauptung stimmt, solange sich nicht genügend beharrliche «Spielverderber» immer wieder zum Wort melden, was hiemit geschehen ist und auch in einem Teil der kontroversen folgenden Beiträge zum Ausdruck kommt. ✦

HINWEIS

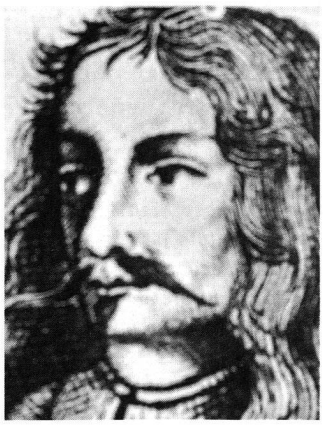
Ein makabres Vergnügen
Hans Holbein und Otto Dix beim Computerspielen

Uli Wunderlich, Der Tanz in den Tod – Totentänze vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Eulen Verlag, Freiburg im Breisgau 2001, SFr. 47.80.

Die Frage mag ungewöhnlich klingen: Was haben Aarau, Baden, Basel, Bern, Bürgenstock, Cevio, Coglio, Coldrerio, Emmetten, Fribourg, Hasle, Kerns, Lachen, Leuk, Luzern, Rorschach, Schwyz, Seen bei Winterthur, Sonvico, Stäfa, Stein am Rhein, Unterschächen, Wolhusen und Zürich gemeinsam? Antwort: In all diesen Schweizer Orten gibt es sehenswerte Totentänze, sei es aus der Zeit ihrer Entstehung gegen Ende des 14. Jahrhunderts, sei es aus späteren Zeiten bis hinein ins 20. Jahrhundert. Allen gemeinsam ist das Auftreten des Todes und die hierarchische Anordnung der Figuren vom ranghöchsten zum niedrigsten Vertreter der Gesellschaft – sterben müssen sie alle. Und obwohl die Zeiten vorüber sind, in denen die Menschen an tanzende Tote glaubten, haben der Tod und seine künstlerische Darstellung nichts an Faszination verloren. Das beweist jetzt aufs Neue das mit 82 Farb- und 117 Schwarzweiss-Abbildungen ausgestattete, so schöne wie lehrreiche Bild-Sachbuch «Der Tanz in den Tod», das mit einem Verzeichnis der Totentänze in der Schweiz, Österreich und Deutschland schliesst. Uli Wunderlich, die Präsidentin der «Europäischen Totentanz-Vereinigung» (was es nicht alles gibt auf der Welt ...), skizziert in ihrem beeindruckenden Überblick den vielschichtigen Komplex der Totentänze, der in den letzten Jahren mehrfach zu Tagungen und Ausstellungen angeregt hat. Struktur und Geschichte der Totentänze, die man in der Regel als Wandmalereien und Grafikzyklen kennt, werden in diesem gelehrten und zugleich wunderbar lesbaren Band eingebettet in die Geschichte der europäischen Todesängste und Todesmythen. Interessante Seitenblicke auf nicht-europäische Kulturen fehlen keineswegs. Und weil das aspektreiche Thema neben der Kunst- auch die Musik-, Theater- und Literaturgeschichte berührt, naturgemäss auch Theologie und Volkskunde, ist der Leser am Ende um viele kulturgeschichtliche Detailkenntnisse reicher. Er könnte jetzt den Hans Holbein-Bildband aus dem Bücherschrank holen, sich nach einer Otto Dix-Ausstellung erkundigen oder ein Totentanz-Computerspiel erwerben. Doch lieber noch möchte er gleich aufbrechen und staunen, in Aarau vielleicht oder – siehe oben.

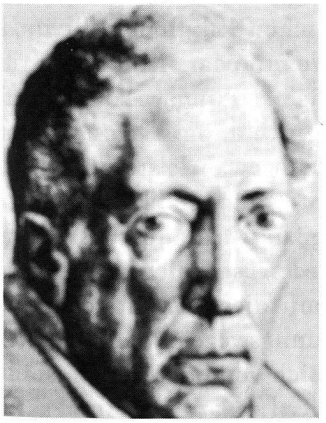
Klaus Hübner

Bildung nach Mass – zwei historische Stimmen



Im ersten Buch seines Romans beschreibt Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen die abenteuerliche Jugend seines «Simplicissimus», der seine Bildung vor allem in der harten Schule des Lebens erwerben musste. Immerhin fand er zur rechten Zeit einen Einsiedler als Lehrer, der es fertig bringt, dass er «aus einer Bestia zu einem Christenmenschen» wird.
«...ich hielt mich so wohl, dass der Einsiedel ein sonderliches Gefallen an mir hatte, nicht zwar der Arbeit halber, die ich zuvor zu vollbringen gewohnet war, sondern weil er sahe, dass ich ebenso begierig seine Unterweisungen hörete, als geschickt die wachsweiche und zum Teil noch glatte Tafel meines Herzens solche zu erfassen sich erzeigte. (...) Zuletzt beschlosse ers mit dem Jüngsten Tag, und stellet mir Himmel und Höll vor Augen, und solches alles mit gebührenden Umständen, doch nit mit gar zu überflüssiger Weitläufigkeit, sondern wie ihn dünkte, dass ichs am allerbesten zu fassen und zu verstehen möchte; wann er mit einer materia fertig war, hub er ein andere an, und wusste sich bisweilen in aller Gedult nach meinen Fragen so artlich zu fassen zu regulieren, und mit mir zu verfahren, dass er mirs auch nicht besser hätte eingiessen können; sein Leben und seine Reden waren mir eine immerwährende Predigt, welche mein Verstand, der eben gar nicht so dumm und hölzern war, vermittels göttlicher Gnad nicht ohne Furcht abgehen liesse, allermassen ich alles dasjenige, was ein Christ wissen soll, nicht allein in gedachten dreien Wochen gefasst, sondern auch ein solche Liebe zu dessen Unterricht gewonnen, dass ich des Nachts nicht davor schlafen konnte.
Ich habe seithero der Sach vielmal nachgedacht und befunden, dass Aristoteles in seinem dritten Buch «de anima» wohl geschlossen, als er die Seele des Menschen einer leeren ohnbeschriebenen Tafel verglichen, darauf man allerhand notieren könne und dass solches alles darum von dem höchsten Schöpfer geschehen seie, damit solche glatte Tafel durch fleissige Impression und Übung gezeichnet und zur Vollkommenheit und Perfektion gebracht werde. (...) Solches alles erwiese ich mit meinem eigenen Exempel, denn dass ich alles so bald gefasst, was mir der fromme Einsiedel hat vorgehalten, ist daher kommen, weil er die geschlichte Tafel meines Herzens ganz leer und ohne einige zuvor hineingedruckte Bildnussen gefunden, so etwas anderes hineinzubringen hätt hindern mögen. Gleichwohl ist die pure Einfalt, gegen andern Menschen zu rechnen, noch immerzu bei mir verblieben, dahero mich der Einsiedel nur Simlicium genennet.»
Quelle: Grimmelshausen, Der abenteuerliche Simplicissimus Teutsch, Stuttgart 1996, Reclam-Ausgabe, Seite 40 ff.

Als ein immer noch gültiges Anforderungsprofil an einen idealen Lehrer, das von der «Nachfrageseite» her formuliert worden ist, liest sich der Brief, den Wilhelm von Humboldt aus Rom an seinen Freund Friedrich Schiller geschrieben hat:
Rom, 9. Julius 1803: «Sie kennen ungefähr meine Bedürfnisse. Da ich mehr als ein Kind zu erziehen habe und die jüngsten klein sind, muss ich vorzüglich darauf denken, jemanden zu finden, der zum eigentlichen Erziehen Lust und Geschick hat, der nach der Verschiedenheit der Charaktere und Alter den Kindern allerlei Beschäftigungen zu geben und mit ihnen bis auf einen gewissen Grad hineinzugehen versteht. (...) Es ist wirklich zu wenig, wenn ein Lehrer bloss Unterrichter in dieser oder jener Wissenschaft ist, wenn er nicht unmittelbar und mittelbar den Kopf zu bilden, seine Anlagen zu beurteilen und zu benutzen versteht.



«Ich weiss wohl, mein lieber Freund, dass man im eminenten Grad das nicht findet.
Allein die höchsten und besten Kräfte werden oft auf eine, ich möchte beinah sagen, gemeine Art geweckt und gebildet. Es ist nicht genug, dass ein Mensch sich gerne und viel mit Kindern abgibt, dass er über verschiedene Methoden teils nachgedacht, teils sie geübt hat, dass er selbst lebendig und heiter ist, sich seines Geschäfts mit Wärme annimmt, sich von Zeit zu Zeit Stufen vorsetzt, zu denen er die Kinder bringen will, und darin zu gelingen, nicht bloss zu denken, dass er ihnen so und soviel Zeit gewidmet hat (der Erfolg sei, welcher er wolle) seine Freude und Beruhigung setzt. Gerade der beschränktere Mensch ist oft dazu tauglich als der eminente. Der letztere hat sich immer eine Wissenschaft gewählt und natürlich mehr darauf gedacht, diese zu erweitern als sie zu lehren.
Der Unterschied besteht also in der grösseren Aufmerksamkeit auf die Methode als den Gegenstand des Unterrichts. Ein Subjekt, bei dem sich dies fände und das sonst tauglich wäre, würde ich in jeder Hinsicht vorziehen. Nur freilich hat man sich hier vor den Flachköpfen und den Albernheiten der neuern Pädagogik zu hüten, und die Hauptsache ist freilich immer, dass einer, auch unabgesehen auf sein Geschäft, ein guter, gern und mit Leichtigkeit räsonnierender Kopf sei.
Welches Fach er eigentlich für sich getrieben habe, ist mir gewissermassen gleichgültig. Nur muss ich wünschen, dass es eins von beiden sei, entweder alte Sprachen und klassische Literatur oder Physik und Naturwissenschaften. Aber in keinem Fall wäre es mir lieb, dass er sich zu einseitig in eins von beiden verschanzt hätte, und in jeder Rücksicht würde ich eine allgemeinere und liberalere Bildung vorziehn. Einen blossen Metaphysiker oder Naturphilosophen schicken Sie mir wohl von selbst nicht.
Eine Hauptsache bei einem Menschen, mit dem man leben soll, ist freilich der Charakter. Darüber aber auch fühlen Sie von selbst, was wir wünschen müssen. In jeder Rücksicht wäre mir eine kräftige und selbst derbe Natur darin lieber als eine schwächliche, furchtsame, und kleinliche. Nur bei der ersteren kann man notwendige Regsamkeit und Heiterkeit des Gemüts erwarten und vor sentimentalen Verstimmungen, die unter den Deutschen jetzt wie Epidemien herumgehen, sicher sein...»
Quelle: Wilhelm von Humboldt, Briefe, München 1952, Seite 236

Robert Heinrich Bider, *geboren 1947, promovierte 1980 zum Dr. sc. tech. an der ETH Zürich. Nach einer Assistenz bei der Verwaltungsdirektion des Universitätsspitals Zürich leitete er den Bereich Betriebswirtschaft des Schweizerischen Krankenhausinstituts in Aarau und wechselte 1985 in die Hirslanden-Gruppe (12 Kliniken in der Schweiz), die er seit 1990 als CEO leitet.*

Private Medizinische Fakultät Fribourg-Hirslanden

Ein Beitrag zur notwendigen Erneuerung des universitären Bildungswesens der Schweiz

Es ist leider eine Tatsache, dass die Medizin in der Schweiz ins europäische Mittelmass abgerutscht ist und auch der Ruf der schweizerischen Universitäten gelitten hat. Der «Bericht 2000» der internationalen Akkreditierungskommission führt bei allen medizinischen Fakultäten schwerwiegende Mängel an. Das hier vorgestellte Projekt soll im Wettbewerb mit dem Bestehenden die dringend notwendigen Innovationen ermöglichen und vorantreiben.

Die Hirslanden Holding ist Teil des Schweizerischen Gesundheits- und Bildungswesens. Der langfristige Erfolg unserer privaten Spitalgruppe wird durch die Qualität dieser Institutionen mitbestimmt. Es gehört zu unserer Strategie, das Umfeld mitzugestalten und einen substanziellen Beitrag für eine positive Entwicklung zu leisten.

Der Zeitpunkt ist gekommen, zusammen mit Partnern eine private oder teilprivate medizinische Fakultät zu realisieren und mit innovativen Ideen ein neues Kapitel im Bereich der Ausbildung zu schreiben. Im Bundesgesetz über die universitäre Ausbildung in den medizinischen Berufen, das innerhalb der nächsten zwei Jahre in Kraft treten soll, werden geradezu visionäre Ausbildungziele und Rahmenbedingungen formuliert. Diese Ziele und Bedingungen wollen und können wir im *Curriculum* der medizinischen Fakultät Fribourg-Hirslanden berücksichtigen.

Projekt eines staatlich-privaten Joint Venture für eine Medizinische Fakultät

Das Departement Medizin der Universität Fribourg und die zwölf zur Hirslanden Holding gehörenden Kliniken weisen komplementäre Kompetenzen auf, die sich für das Projekt einer neuen medizinischen Fakultät geradezu ideal ergänzen. Die ersten drei Ausbildungsjahre verbringen die Studenten an der Universität und im Kantonsspital Fribourg, die klinische Ausbildung erfolgt an den Kliniken der Hirslanden Holding, ergänzt durch weitere interessierte Kantonsspitäler. Wie heute schon werden auch in Zukunft jährlich 103 Studierende im ersten Jahr aufgenommen. Die Mobilität der Studenten zwischen Fribourg und anderen schweizerischen medizinischen Fakultäten bleibt grundsätzlich weiterhin bestehen. Neu sollen vierzig Studierende die Möglichkeit erhalten, ihre klinische Ausbildung in unserer Privatklinikgruppe zu absolvieren.

Der Zusammenschluss einer öffentlichen Universität mit einem privatwirtschaftlichen Unternehmen zur Gründung einer medizinischen Fakultät stellt in der Schweiz ein Novum dar. Mit der Gründung einer Trägerstiftung werden die für eine solche Ausbildungsstätte wichtige Unabhängigkeit gewährleistet und die finanziellen Mittel für die klinische Lehre und Forschung zur Verfügung gestellt. Im Gegensatz zu den staatlichen Universitäten können mit dieser Rechtsform auch kurze Entscheidungswege und eine schnelle Anpassung an sich verändernde Umstände garantiert werden.

Die Initianten haben sich ein ambitiöses Ziel gesetzt, indem sie eine hochqualifizierte Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten anstreben, die den Vergleich zu renommierten ausländischen Lehrgängen nicht zu scheuen braucht. Besonderes Gewicht wird dabei auf ein kommunikatives, patientenzentriertes Verhalten gelegt. Die Absolventen dieser Ausbildung verfügen über eine breite Ausbildung sowie mensch-

liche Reife, verbunden mit einem Bewusstsein für kulturelle und sprachliche Verschiedenheiten und der Möglichkeit, die damit zusammenhängenden Probleme konstruktiv zu lösen. Die globale Zusammenarbeit – speziell auch im wissenschaftlichen Bereich – wird immer wichtiger. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des europäischen Raumes ist eine internationale Akkreditierung unumgänglich. Damit wird sichergestellt, dass die Studierenden nach Abschluss ihrer Ausbildung auch eine ärztliche Tätigkeit im Ausland problemlos aufnehmen können.

Innovative Neuerungen im Konzept Fribourg-Hirslanden

One-to-one teaching

Das Vorbild ist der beste Lehrmeister. Die medizinische Fakultät Fribourg-Hirslanden plant als Kernstück der klinischen Ausbildung das persönliche «Eins-zu-Eins-Lehrsystem»: Jedem Studierenden ist ein klinischer Lehrer zugeordnet; er lernt direkt von, aber auch mit ihm. In jedem klinischen Fach haben die Studierenden die Möglichkeit, während einigen Wochen ohne Unterbrechung bei ausgebildeten Fachärzten in deren Praxen und Kliniken das entsprechende Fach zu erlernen.

Faculty development

Gutes Unterrichten will gelernt sein. Deshalb wird sichergestellt, dass alle Dozenten der Fakultät die neuen und die bewährten Unterrichtsformen fundiert beherrschen. Das ist eine der Vorgaben, um an der Fakultät unterrichten zu dürfen. Durch ein in der Schweiz einzigartiges *Faculty development program* wird die Qualität der Lehre ständig überprüft und verbessert.

Studium generale

Gute Ärztinnen und Ärzte sind mehr als nur Naturwissenschaftler. Die bestehenden Medizinstudiengänge vermitteln vornehmlich naturwissenschaftliches und klinisches Fachwissen. Die medizinische Fakultät Fribourg-Hirslanden ermöglicht den Studierenden mit dem *Studium generale* die Auseinandersetzung mit dem Arztsein auch aus einem geistes- und sozialwissenschaftlichen Blickwinkel. Sie befassen sich schon im Studium mit anspruchsvollen ethischen Fragen, welche sich im Alltag immer häufiger stellen (z.B. genetische Früherkennung von unheilbaren Krankheiten, Stammzellenforschung, Gen-Technik, aber auch mit Kosten- und Allokationsentscheidungen, Technologieeinschätzung u.a.m.). Diese intensive Auseinandersetzung fördert eine eigene Meinungsbildung und ermöglicht es dem Arzt und der Ärztin, später ihre Patientinnen und Patienten kompetent und einfühlsam in schwierigen Fragen zu beraten.

Besonderes Gewicht wird auf ein kommunikatives, patientenzentriertes Verhalten gelegt.

Skills Lab

Eine moderne medizinische Fakultät bereitet die Studierenden fundiert auf ihre Begegnung mit den Patienten vor. Die wichtigsten Untersuchungstechniken und medizinischen Verrichtungen wie z.B. Injektionen oder Blutentnahmen werden zuerst an Phantomen (Patientenmodellen) geübt. Das ärztliche Gespräch wird mit «Schauspielpatienten» trainiert. So wird vermieden, dass Patientinnen und Patienten für Lernprozesse herangezogen werden, die im sogenannten *Skills Lab,* dem Trainingszentrum für klinische Fertigkeiten, erlernt werden können. Das *Skills Lab* nimmt einen festen Platz im *Curriculum* der medizinischen Fakultät Fribourg-Hirslanden ein.

Zweisprachigkeit

Die Universität Fribourg und mit ihr die medizinische Fakultät Fribourg-Hirslanden ist zweisprachig (deutsch/französisch). Da die klinischen Lehrer der Hirslanden-Kliniken in der Deutschschweiz und in der französischsprachigen Schweiz tätig sind, wird allen Studierenden eine zweisprachige Ausbildung ermöglicht. Die neue Fakultät leistet damit einen aktiven Beitrag zur besseren Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg.

Mobilität der Studierenden

Es ist ein Grundgedanke des *Curriculums,* die Studierenden möglichst facettenreich auszubilden und sie verschiedene Praxen und Kliniken kennenlernen zu lassen. Damit verbunden sind periodische Ortswechsel mit vorübergehender Wohnungsnahme. Zur Gewährleistung der Mobilität wird den Studierenden der medizinischen Fakultät Fribourg-Hirslanden die benötigte Infrastruktur unter Einschluss der Wohnmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Privatwirtschaftliche Aspekte im Konzept Fribourg-Hirslanden

Konkurrenz stimuliert

Dass Konkurrenz stimuliert, gilt nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in der akademischen Welt. Eine innovative, neue Fakultät bringt frischen Wind in die universitäre Landschaft und regt die bestehenden Fakultäten an, ihre Lehrinhalte und Strategien neu zu überdenken, um neue Wege zu gehen. Davon profitieren letztlich alle. Erstaunlicherweise schreibt selbst unser eher dem sozialdemokratischen Etatismus zuneigende Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, *Charles Kleiber,* in seinem Werk: «Die Universität von morgen: Visionen, Fakten, Einschätzungen, 1998», in der Tat auf S.11 *«Anreiz, Wettbewerb und Konkurrenz müssen die wichtigsten Organisationsprinzipien der Universität und ihrer Kooperationsnetze sein.»*

Hürden und Schwierigkeiten

Vor der Realisierung:

- Den nötigen Rückhalt bei den kantonalen und eidgenössischen politischen Instanzen zu bekommen.
- Die Finanzierung in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld genug schnell zu sichern.
- Die Akkreditierung der Fakultät durch das neue Akkreditierungsorgan des Bundes rechtzeitig durchzubringen.
- Selektion der Studierenden und Dozenten

Nach der Realisierung:

- Die multizentrische Ausbildung an Kliniken der Hirslanden-Gruppe, in Kantonsspitälern und an der Universität Fribourg verlangt eine straffe Organisation.
- Studierenden, die verheiratet oder arbeitstätig sind, können während den drei «klinischen Jahren» nicht dauernd zwischen verschiedenen Spitälern der Schweiz hin und herpendeln.

Schon in dieser frühen Phase erkundigen und interessieren sich verschiedene Kantonsspitäler und renommierte Ärzte für eine Zusammenarbeit mit der neuen medizinischen Fakultät.

Erfolg ist attraktiv

Schon in dieser frühen Phase erkundigen und interessieren sich verschiedene Kantonsspitäler und renommierte Ärzte für eine Zusammenarbeit mit der neuen medizinischen Fakultät. Viele von ihnen sind der Überzeugung, dass eine neue Art des Medizinstudiums nötig ist; sie sind gerne bereit, innerhalb unseres innovativen *Curriculums* Lehrverantwortung zu übernehmen.

Leistung muss sich lohnen

Es ist unrealistisch zu erwarten, dass die Kosten der entstehenden Fakultät initial allein durch direkte Erträge wie Studiengebühren, staatliche Beiträge oder fixe Drittmittel gedeckt werden können. Daher ist vorgesehen, Leistungsträger der Schweizer Wirtschaft für eine namhafte Unterstützung dieser innovativen Idee zu gewinnen. Als privat-öffentliche Initiative bekennt sich die Fakultät voll zum Sponsoring-Prinzip, über das der Zugang zu dieser Ausbildung grundsätzlich allen begabten Studierenden möglich gemacht werden soll. Der immer wieder gehörte Vorwurf, dass eine solche Ausbildung nur finanziell besser gestellten Personen zugänglich sei, trifft nicht zu.

Partnerschaftliches Konzept Fribourg-Hirslanden – für alle von Nutzen

Etatistisch-totalitäre Systeme sind längerfristig nicht in der Lage, Höchstleistungen zu erbringen. Sie erstarren in strukturierter Bürokratie und verwenden ihre Energie für die Verteidigung von Positionen und Pfründen – gegen innen und aussen. Konkurrenz und Wettbewerb sind ihr Untergang, weshalb sie versuchen, jeden Ansatz hierzu im Keime zu ersticken. Sie finden dafür schöne Argumente wie etwa die «Einklassengesellschaft». Es tönt vielleicht etwas hart, das schweizerische Universitätswesen als «totalitär» zu bezeichnen, und als Pauschalurteil ist es wohl auch nicht zutreffend. Wesentliche totalitäre Elemente sind jedoch erkennbar, und die negativen Folgen sind denn auch nicht ausgeblieben. Eine Öffnung des Systems und private Konkurrenz wäre für alle Fakultäten vorteilhaft.

Unser Konzept lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen. Die medizinische Fakultät Fribourg-Hirslanden:

- bietet eine qualitativ hochstehende, überdurchschnittliche medizinische Ausbildung an
- ermöglicht im Rahmen eines Mantelstudiums auch Doppelabschlüsse in Zusammenarbeit mit anderen Fakultäten
- gewährleistet eine umfassende, kontinuierliche didaktische Weiterbildung der Dozenten
- fördert und unterstützt eine hochwertige klinische und präklinische Forschung
- nimmt unter den schweizerischen medizinischen Fakultäten eine bahnbrechende Rolle ein
- sucht den Vergleich, national und international und fördert die Zusammenarbeit in Lehre und Forschung mit allen Institutionen.

Der universitäre Anschluss – strategisches Element der Hirslanden Holding

Die private Spitalgruppe Hirslanden engagiert sich aus gesellschaftspolitischer Überzeugung seit ihrer Gründung 1990 in Lehre und Forschung. Sie bietet Ausbildungsplätze in über 20 Berufen und führt eine eigene Forschungsstiftung. Mehrere ihrer Kliniken sind Schulspitäler für Pflegeberufe. Einzelne Kliniken und Fachgebiete sind für die FMH-Ausbildung anerkannt. Einige Hirslandenärzte lehren an staatlichen Universitäten. Generell zeigt man ihnen jedoch die kalte Schulter, und bei einem Wechsel zu Hirslanden droht auch hochangesehenen Professoren die kommentarlose Streichung aus dem Vorlesungsverzeichnis. Es sind auch marktorientierte Überlegungen, welche für eine universitäre Anbindung von Hirslanden sprechen. Viele hochqualifizierte Ärzte wollen in Lehre *und* Forschung tätig sein. Die Patienten erwarten, nach den neuesten Erkenntnissen behandelt und gepflegt zu werden. Speziell ausländische Privatpatienten wählen beinahe ausschliesslich universitäre Topspitäler. Es spricht nicht für die Schweiz, dass dieses volkswirtschaftlich hochinteressante Segment auf einen kümmerlichen Stand geschrumpft ist. Schliesslich erwarten Ärzte und Patienten *state of the art* – medizinisch-technischen Einrichtungen und Geräte sowie Zugang zu neuesten Entwicklungen. Als Gruppe von Universitätskliniken wird Hirslanden auch für die Industrie ein noch interessanterer Partner. Die Vorteile des privaten Engagements im Gesundheitswesen und speziell in Lehre und Forschung werden sogar von sozialdemokratischen Regierungen, beispielsweise in Deutschland genutzt, wo der Staat Privaten zunehmend Besitz und Führung von Spitälern, auch von Universitätsspitälern überlässt.

Eine Öffnung des Systems und private Konkurrenz wäre für alle Fakultäten vorteilhaft.

Es ist das erklärte Ziel von Hirslanden, im Rahmen einer Partnerschaft an einer medizinischen Fakultät teilzuhaben. Die zurzeit einzige aktiv verfolgte Variante heisst «Fribourg-Hirslanden». Die bisherige umfangreiche gemeinsame Arbeit erwies sich als ausserordentlich fruchtbar und positiv. Der Verwaltungsrat der Hirslanden Holding verabschiedete bereits im August 2001 die Machbarkeitsstudie und gab den Kredit für die Detailbearbeitung frei, in Erwartung des entsprechenden Schritts seitens des Staatsrats von Fribourg.

Bei einem Wechsel zu Hirslanden droht auch hochangesehenen Professoren die kommentarlose Streichung aus dem Vorlesungsverzeichnis.

Das Konzept braucht Geburtshelfer, Paten, Donatoren und Sponsoren

Das hier vorgestellte Konzept markiert einen geradezu historischen Schritt, durch den die Stellung des sowohl für die Medizin und für die Biowissenschaften bedeutsamen Standortes Schweiz wieder gefestigt und neu herausgefordert wird. Dieser Standort ist auf neue Ideen und Strukturen angewiesen, und deren Umsetzung kann nur mit Beiträgen aus der Wirtschaft verwirklicht werden. Dabei sind Engagements der verschiedensten Art und mit unterschiedlichstem finanziellem Einsatz möglich. Die Idee und die Kontakte im Rahmen der Vorarbeiten haben uns eine Vielzahl von Sympathiebekundungen aus allen Lagern beschert. Das Konzept eröffnet eine grosse Zahl von einmaligen Chancen. Neue Horizonte werden sich eröffnen. Für die Schweiz, ihr Bildungswesen und ihre Medizin wäre es ein – dringend benötigter – Schritt nach vorn. ✦

Michael Zöller, geboren 1946 in Würzburg, lehrt Soziologie an der Universtität Bayreuth, wo er auch die mit seinem Lehrstuhl verbundene Amerika-Forschungsstelle leitet. Er ist freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen. Zu seinen Arbeitsgebieten gehören – jeweils im Vergleich mit Amerika – die Politische Ökonomie, die Ideengeschichte und Religionssoziologie.

Mehr Markt und mehr Wettbewerb im Bildungswesen

Seit Jahren setzt sich der Autor für mehr Markt und mehr Wettbewerb im Bildungswesen ein und man hat ein auf mehr Studiengebühren basierendes Modell sogar das «Zöller-Modell» genannt. Frühere Bildungspolitiker – von rechts bis links – waren sich trotz der damaligen Polarisierung und Politisierung des Bildungsbereichs wenigstens darin einig, dass dieses Modell abzulehnen sei. Der Wettbewerb ist aber jene soziale Institution, die sich immer dann herausgebildet hat, wenn ein Problem zu lösen ist, über das man entscheiden muss, ohne das nötige Wissen zu besitzen. Zu diesen Problemen gehört die Finanzierung des Bildungswesens.

Schon in diesen mehr als zwanzig Jahren zurückliegenden Diskussionen griffen viele Politiker, keineswegs nur solche, die der SPD angehörten, zu den Beschwörungsformeln, unter denen sich das Bildungsbürgertum und die Linke in Deutschland immer wieder zusammenfinden. So lese ich in einer Artikelserie der «Welt», die ich jetzt wieder hervorgekramt habe, mein «liberalistisches System» orientiere sich an einem wissenschaftsfremden Wettbewerbsbegriff, es ziele auf Gewinnmaximierung statt auf Erkenntnis. Welche Gegensätze: Wissenschaft oder Wettbewerb, Erkenntnis oder Gewinn, es gelte, die deutsche Tradition gegen die Vermarktung des Geistes zu verteidigen.

Inzwischen hat sich die Stimmung ein wenig geändert. So hat beispielsweise die Hans Böckler-Stiftung am Dogma der kostenlosen Bildung gerüttelt, indem sie die in Deutschland erst spät entdeckte bemerkenswerte Tatsache publik machte, *«dass einkommensschwache Haushalte überdurchschnittlich zu den Kosten eines Systems beitragen, von dem sie unterdurchschnittlich profitieren»*. Deshalb finden nun auch einzelne Grüne, es sei ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, die Studierenden stärker zur Finanzierung ihrer Studien heranzuziehen. Man vermeidet zwar immer noch den Begriff «Gebühren», aber man will von den Studierenden «Guthaben» einrichten. Ein Mentalitätswandel ist aber damit leider nicht verknüpft, und es gibt für mich noch keinen Grund, zufrieden zu sein. Denn sieht man genauer hin, dann werden Gebühren eben meist nicht empfohlen, um Wettbewerb und Selbststeuerung einzuführen, sondern man versucht, vermeintlichen Bummelstudenten auf die Sprünge zu helfen, um mit solchen Strafgebühren nebenbei auch noch ein paar kleinere Haushaltslöcher zu stopfen. Das Modell wird also disziplinarisch und fiskalisch betrachtet. Alle Modelle der Kostenbeteiligung durch Studiengebühren werden aber gründlich missverstanden, wenn sie nicht ordnungspolitisch begriffen werden.

Leider werden Kultur und Politik bisher kaum je ordnungstheoretisch betrachtet oder gar ordnungspolitisch gestaltet. Worin aber bestünde eine solche Ordnungsperspektive? Kurz zusammengefasst geht es darum, dass man die Qualität der politischen Prozesse des Handelns und der politisch erzeugten Institutionen beachtet. Ein soziales System ordnungspolitisch zu betrachten heisst drei Fragen zu stellen:

Was ist? Was sollte sein? Was kann man tun?

Die *erste* Frage, die nach dem Ist-Zustand, verweist zwangsläufig (und gleichgültig, ob wir eine ökonomische Betrachtungsweise schätzen oder nicht) auf die Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den Beteiligten und damit auch auf den *nervus rerum,* das heisst auf die Transferproblematik: Wer bekommt was von wem?

Das provoziert bereits die *zweite* Frage: Ob es so gedacht war, ob es, so wie es sich vielleicht auf ungeplante Weise entwickelt hat, vertretbar, vielleicht sogar willkommen ist, und falls nicht, schliesslich die

dritte Frage: Was man ändern könnte, ob es also möglich ist, das Verhalten der Beteiligten durch andere Anreize in die erwünschte Richtung zu lenken. Es gibt einen guten oder zumindest verständlichen Grund, die Wirklichkeit nicht auf diese Weise zu analysieren, das heisst, solche Fragen nicht zu stellen. Dieser Grund besteht darin, dass man glaubt, mit dem bestehenden System einigermassen gut bedient zu sein, und dass es daher nicht problematisiert werden sollte. (Der Widersinn, der Leerlauf unseres Umverteilungssystems führt aber, wie wir mittlerweile wissen dazu, dass die ca. 60 Prozent der Einkommenshierarchie, die wir als Mittelklasse bezeichnen können, zugleich 60 Prozent der Wohltaten erhalten.) Wer es aber als illegitim hinstellt, so hehre Güter wie die Bildung überhaupt ordnungspolitisch und damit ökonomisch zu verstehen, der billigt auf diese Weise lediglich die bestehenden Austauschbeziehungen einschliesslich ihrer Transferwirkungen, ganz gleich, ob er sie begriffen und gewollt hat oder nicht. So stellt das bisherige System der vermeintlichen Nulltarifbildung ein sehr schönes Beispiel für unbeabsichtigte gesellschaftsstrukturierende Wirkungen dar. Indem die Hochschulen über allgemeine Steuern finanziert werden, entsteht eine inverse Umverteilung – wie die Fachleute sagen, die man getrost auch als perverse Umverteilung bezeichnen kann. Lohnsteuerzahler subventionieren die Ausbildung von Zahnärzten.

Indem die Hochschulen über allgemeine Steuern finanziert werden, entsteht eine inverse Umverteilung.

Max Hunziker, Simplicissimus. «Lass dein Stimmlein laut erschallen, ...». Zürich 1945, S. 32.

Fehlende Regelkreise

Will man diese Art des Transfers beseitigen, so muss man realistischer, das bedeutet an den Kosten orientiert, Gebühren einführen, denn alles Reden über Autonomie hilft natürlich nicht viel, wenn die entsprechenden Systeme nicht auch mit der entscheidenden Grundlage von Autonomie ausgestattet werden. Das Stiftungsrecht ist ein schöner Fortschritt in die richtige Richtung. Das amerikanische Beispiel zeigt, dass die Universitäten die Autonomie, die das Stiftungsrecht ihnen gibt, erst nutzen können, wenn sie über eigene Einnahmen, am besten aus eigenem Vermögen, verfügen.

Die Frage, wie die Studierenden den Preis für ihre Studien bezahlen sollen, führt gleich in die Nähe einer anderen Gerechtigkeitsüberlegung. Die stets betonte Chancengleichheit verlangt offenbar nach einer familienunabhängigen Form der Kostenbeteiligung und der Studienförderung. Statt nach der sozialen Herkunft müsste man nach der beruflichen Zukunft des einzelnen Studierenden differenzieren. Das bedeutet meines Erachtens einkommensabhängige Rückzahlungen. Wichtiger als diese zweite ordnungspolitische Frage, die nach den gewollten oder ungewollten Nebenwirkungen, ist natürlich die Hauptfrage, nämlich die nach dem politischen Charakter der so geschaffenen Institutionen. Zu diesem politischen Charakter gehört ihre instrumentelle Qualität ebenso, wie ihre politisch-moralische.

Der Gebrauch bestimmter Mittel, bestimmter Steuerungsprogramme und Besteuerungsformen folgt keineswegs aus einer Logik der Sache, sondern er folgt aus einer politischen Entscheidung, das heisst aus einer Wahlhandlung. In Deutschland haben wir uns nun einmal dafür entschie-

den, das Kulturstaatsprinzip als institutionelle Garantie zu Gunsten eines bestimmten Typs von Universität in staatlicher Trägerschaft zu verstehen: Kultur als staatliche Veranstaltung. So entstand ein zentralisiertes, bürokratisch gelenktes System mit den entsprechenden Kennzeichen, also mit staatlicher Bedarfsdefinition, Warteschlangen, Hamsterverhalten usw. Entscheidend ist, dass zwischen den meisten Beteiligten, also zwischen den Hochschulen, den Studierenden und den Steuerzahlern, keine direkten finanziellen Beziehungen bestehen, weil in diesem System alles einlinig auf den Staat als dem einzigen Akteur ausgerichtet ist. Statt eines Regelkreises, der alle miteinander verbindet, gibt es jeweils einlinige, voneinander isolierte Beziehungen zwischen dem Staat und den anderen Beteiligten des Systems.

Individuen statt Institutionen fördern

Die Abhilfe kann demnach nur darin bestehen, eine vielfältigere Wechselwirkung einzurichten. Dazu empfiehlt es sich, ein liberales Prinzip mit dem Sozialstaatsgebot bzw. – wenn Sie so wollen – ein amerikanisches mit einem deutschen Element zu verbinden. Wenn man dem Prinzip folgt, nicht Institutionen, sondern Individuen zu fördern, dann führt die daraus entstehende Wahlfreiheit der Einzelnen wiederum zu einer Voraussetzung für den Wettbewerb der Institutionen. Versucht man diesen Ansatz der Selbststeuerung in die deutsche Sozialstaatlichkeit hineinzudenken, so kommt man wieder zu den bereits genannten Elementen einer ordnungspolitischen Alternative.

Erstens müssten die Kosten des Studiums von den Leistungsempfängern getragen werden, *zweitens* sollten zusätzlich die Preise freigegeben werden, so dass die einzelnen Hochschulen darüber entscheiden, was sie zu welchem Preis anbieten, und *drittens* würde das bedeuten, dass jeder Studierende zur Bestreitung der Gebühren und seines Lebensunterhalts ein Darlehen erhielte, das er während seiner späteren Berufstätigkeit in festen, einkommensunabhängigen Sätzen zurückzuzahlen hätte. Durch die Kombination dieser drei Elemente könnten sowohl die ordnungspolitischen Fehler des bisherigen Systems als auch dessen unsoziale Transferwirkungen beseitigt werden. Ausserdem, und das halte ich gerade für das Entscheidende, wären die Hochschulen erstmals in der Lage, eine eigene autonome Entwicklungsplanung zu betreiben, weil ihre Autonomie nicht nur ein rechtlich festgehaltenes Prinzip wäre, sondern weil es eine reale Grundlage erhalten hätte. Jede Hochschule hätte sich erstmals wirklich bei der Planung von Schwerpunkten zu fragen, ob und wo sie erfolgreich mit wem konkurrieren will. Es würden so die Voraussetzungen einer verantwortlichen Planung geschaffen, und es kämen zugleich auch die von Fach zu Fach völlig unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der einzelnen Hochschulen zum Ausdruck. Für die Seite der Studierenden gilt natürlich dasselbe, auch hier würden erstmals die Voraussetzungen einer rationalen Planung entstehen. (Vielleicht hat allerdings unter anderem die von jedermann bemühte PISA-Studie dazu beigetragen, dass unsere Politiker den deutschen Studierenden solche Fähigkeiten gar nicht mehr zutrauen ...)

Jede Hochschule hätte sich erstmals wirklich bei der Planung von Schwerpunkten zu fragen, ob und wo sie erfolgreich mit wem konkurrieren will.

Schliesslich nähmen die Beziehungen zwischen dem Staat und den Hochschulen wie auch die zwischen dem Staat und den Studierenden eine völlig andere Qualität an, denn einerseits würde der Staat davon entlastet, Entscheidungen darüber zu treffen, welcher Schwerpunkt wo errichtet werden soll, die sich nur äusserst mühsam, um es zurückhaltend auszudrücken, in der Logik des Verwaltungshandelns umsetzen lassen. Andererseits aber könnte der Staat das veränderte Finanzierungssystem als ein Instrument nutzen, um Wirkungen zu erzielen, die mit bürokratischen Regelungsversuchen nicht zu erreichen waren. Die Absicht, zum Beispiel durch Regelstudienzeiten eine Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer zu erreichen, hat sich schon deshalb als ein Schlag ins Wasser erwiesen, weil die Verhältnisse von Fach zu Fach unterschiedlich sind, und weil wir ein differenziertes Instrument brauchen. Das gilt für viele andere Probleme, die wir bisher mit den bürokratischen Instrumenten, die uns zur Verfügung standen, nie lösen konnten.

Prämien statt Gebote

Der Staat könnte die Wünsche, die wir an Studierende oder an die Absolventen bestimmter Hochschulen haben, in Zu-

kunft statt in Form von Geboten, in Form von Prämien ausdrücken. Wer sein Studium in einer bestimmten Zeit beendet, – aber nur wer sich freiwillig dazu entschliesst, man muss es keineswegs allgemein verbindlich regeln – wer es mit einem überdurchschnittlich guten Examen abschliesst, wer sich bereit findet, als Arzt beispielsweise nach Hoyerswerda zu gehen (früher hätte ich gesagt in den Bayerischen Wald), wer sich entschliesst, als Naturwissenschaftler in den Schuldienst zu gehen, dem kann der Erlass eines bestimmten Anteils seiner Darlehensschuld zugesichert werden. Dann haben wir ein Steuerungsinstrument, das wir auch jederzeit, indem wir aus unserer eigenen Praxis lernen, wieder korrigieren können.

Es geht im Wesentlichen darum, dass man sich zwischen zwei Modellen entscheiden müsste:

Erstens: Eine Akademikersteuer, die ich aus vielen Gründen für unvertretbar halte, denn es besteht zwar eine eindeutige Relation zwischen Studium und späterem Einkommen, aber die gilt nicht für alle gleich und vor allem ist ihr Anteil nicht in einer klaren Weise zu ermitteln.

Zweitens: Die einkommensabhängige Rückzahlung. Das bedeutet etwa, dass der schon genannte Chemiker, wenn er denn in den Schuldienst geht, das, was er an Kosten verursacht hat, sicher nicht zurückzahlen wird, aber dann ist in diesem einzelnen Falle eine sinnvolle Subvention geleistet worden. Man muss dafür nicht von vornherein alle Chemiker in ihrer Ausbildung subventionieren. Man muss sich auch nicht mehr darüber aufregen, – wenn es dazu überhaupt je einen Grund gab – dass bestimmte Studierende aus Entwicklungsländern, von denen wir wünschen, dass sie als approbierte Mediziner in ihre Heimatländer zurückkehren, es vorziehen, sich in Deutschland niederzulassen. Tun sie es, dann tragen sie zur Refinanzierung dieses Hochschulsystems bei, indem sie in Deutschland Steuern zahlen. Tun sie es nicht, gehen sie zurück nach Hause, dann hat der deutsche Steuerzahler eine wirklich sinnvolle entwicklungspolitische Subvention geleistet. Aber wiederum haben wir ein sehr viel flexibleres Instrument in der Hand als bisher.

Max Hunziker, Dem seltsamen Simplicio kommt in der Welt alles seltsam vor. S. 70.

Wir sollten den Studierenden nicht das bieten, was sie haben wollen, sondern das, was sie brauchen.

Ideen-Unternehmer und ihre Klientel

Der Kern des Unbehagens gegenüber einem solchen Plädoyer für Markt und Wettbewerb besteht wohl in dem Gefühl, im Bereich der Bildung sollten wir gerade nicht eilfertig der Nachfrage folgen. Wir sollten *unresponsive* sein, das heisst, wir sollten den Studierenden nicht das bieten, was sie haben wollen, sondern das, was sie brauchen. Nun will ich es mir nicht leicht machen. Ich stelle also nicht die nahe liegende Frage, wie man es denn anstellen sollte, den Bedarf zu definieren, denn weil es zunehmend fraglich schien, ob Konsumenten und Wähler und eben auch Studierende wirklich wissen, was sie wollen, haben die Ökonomie und andere Sozialwissenschaften zunehmend weniger auf den vermeintlich rationalen und zugleich informierten *homo oeconomicus* gesetzt. Das ist ohnehin ein Schreckgespenst, das eigentlich nur noch in den Spalten des Feuilletons existiert.

Stattdessen wurde umso deutlicher die Rolle von Unternehmern hervorgehoben, das heisst die Angebotsseite. Und zu diesen Unternehmern gehören eben auch Politiker und Professoren, ob ihnen das jeweils bewusst ist oder nicht. Alle diese Ideen-Unternehmer, darunter natürlich

auch ideenlose Unternehmer, wissen freilich auch nicht, was ihre jeweilige Klientel braucht, sondern sie wissen nur, was sie ihr nahe bringen möchten. So hofft der Politiker, die Wähler davon zu überzeugen, dass sie genau diejenigen Probleme haben, deren Lösung ihm nach Auskunft der Demoskopen als Kompetenz zugeschrieben wird. Fast hätte ich gesagt, dass dies auch gut so sei, denn es zeigt, dass gerade das zentrale Problem der Bildungspolitik, nämlich die Rechtfertigung der Inhalte und damit die Legitimität der Bildungspolitik überhaupt, gerade nicht durch die Wissensanmassung – um den Hayekschen Begriff zu gebrauchen – bürokratischer Lenkung gelöst werden kann, sondern allenfalls nur immer wieder annähernd durch den Wettbewerb.

Der Staat und die Experten wissen jedenfalls nicht, was die Studierenden brauchen.

Der Staat und die Experten wissen jedenfalls nicht, was die Studierenden brauchen. Sie wissen nicht, welche Forschung die Gesellschaft braucht, und sie können es zum Glück auch nicht wissen. Nur das ist unser Problem, weshalb die Beschwörung einer längst verlorenen Einheit des Wissens oder der Wissenschaften uns überhaupt nicht hilft und schon gar keine Alternative zu Markt und Wettbewerb ist. – Der Wettbewerb ist eben jene soziale Institution, die sich immer dann herausbildet, wenn wir entscheiden müssen, ohne das nötige Wissen zu besitzen. ✦

HINWEIS

Karl Otto Hondrich, Der neue Mensch, edition suhrkamp, Frankfurt 2001, 220 S., € 10.–

Bringt die Globalisierung den neuen Menschen?

Ein möglicher Untertitel könnte heissen «Soziologie im Zeitalter der Globalisierung». Globalisierung ist omnipräsent als Ausdruck, als Aussicht oder als Problem. Viele Prediger verkünden oder verlangen im Zusammenhang mit der (scheinbar) alles beeinflussenden Globalisierung einen neuen Menschen. Das Ziel der neuesten Publikation von Karl Otto Hondrich ist es, die Notwendigkeit dieses «neuen Menschen» zu hinterfragen oder seine Chancen zu beschreiben.

Karl Otto Hondrich lehrt Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seinem Briefkopf entnehmen wir zusätzlich die Bezeichnungen: Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse, Schwerpunkt «Sozialstruktur und sozialer Wandel». Die Analyse des sozialen Wandels offenbart dem Autor Ängste des Individuums als Folge der Globalisierung. Die Verkünder des «Neuen Menschen» versprechen diesem als Chance für in Zukunft mehr Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Hondrich zeigt auf, dass die auf den (herbeigeredeten) Ängsten basierenden Szenarien oder Theorien der Empirie nicht standhalten. Was der Soziologe auf der Strasse, in der Familie, in der Wirtschaft und in der Politik feststellen kann, ist viel positiver, als gemeinhin beschrieben und angeprangert wird.

Das Buch ist eine sorgfältige Zusammenstellung von überarbeiteten Texten, welche in den letzten Jahren in loser Folge herausgekommen sind, so u.a. auch in der NZZ. Zwischen Prolog und Epilog behandelt das Buch in neun Kapiteln den heutigen Menschen in Bezug auf Bindungen, Sicherheiten, Solidaritäten und deren Grenzen, in Bezug auf Nationalität, Feindbilder und Missverständnisse bis hin zum genoptimierten Menschen und dessen sozialem Erbe und den damit verbundenen Herkunftszwängen.

Hondrich ist ein begnadeter Lehrer. Er versteht es, die Zusammenhänge auch für Nicht-Soziologen einfach, prägnant und in der gebotenen verständlichen Ausführlichkeit darzustellen. In anschaulicher Form, ohne jedes wissenschaftlich verbrämte Brimborium und fast ganz ohne Fremdwörter, dafür gelegentlich mit einem Schuss Humor beschreibt er, dass die meisten Theorien tiefer gehängt werden müssen.

Die Empirie offenbart in fast allen Problemkreisen, dass der sogenannt «befreite Mensch» und damit der «Neue Mensch» praktisch in zahllose familiale, nationale und wirtschaftliche Gegebenheiten eingebettet ist, aufgrund derer er seine theoretische Freiheit nicht nutzen wird oder nicht nutzen muss.

Mit einleuchtenden Hinweisen auf die erlebte und erlebbare Praxis werden Beweisführungen geliefert, etwa in Bezug auf die Wirtschaft als «Ausgangs- und Fluchtpunkt der Befürchtungen». Hondrich gelingt es zu beweisen, dass für die Wirtschaft der alten Industrieländer alle Chancen intakt sind, dass z.B. hohe Lohnkosten und kürzere Arbeitszeiten (fast) immer als Anreiz für die Steigerung der Produktivität genutzt werden. Er erkennt in der Selbststeuerung der Wirtschaft nicht eine gefährliche Eigendynamik, sondern einen «Komplex von institutionalisierten und spontan sich erneuernden moralischen Gefühlen». Und er beschreibt die Selbststeuerung auch für andere Teilsysteme der Gesellschaft – das politische System, die Wissenschaft, die Familie, die Religion usw. Es könnte nützlich sein, die gängigen Schreckensszenarien und die sich wiederholenden Kassandrarufe konsequent an den Ausführungen des Experten für «Sozialstruktur und sozialen Wandel» zu messen. Die Zukunft für die Individuen in der Gemeinschaft würde dadurch viele positive Komponenten erhalten. Die Lektüre von Hondrichs Aufsätzen lohnt sich, ja, sie wird manchen Leser begeistern. *Manfred Halter*

Charles Kleiber, geboren 1942, ist seit 1997 Direktor der Gruppe für Wissenschaft und Forschung in Bern. Nach dem Architekturstudium an der EPFL spezialisiert er sich auf Planungsaufgaben im öffentlichen Gesundheitswesen und wird Chef du Service publique de la santé et de la planification sanitaire. Diverse Lehraufträge an den Universitäten Genf und Lausanne (IDHEAP). Seit 1991 Direktor der Hospices cantonaux in Lausanne.

Soll die Universität privatisiert werden?

Soll die Universität[1] privatisiert werden? Ja, wenn die Privatisierung als Mittel und nicht als Zweck aufgefasst wird und den Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft in der Welt von morgen mehr Chancen geboten werden. Nein, im gegenteiligen Fall. Die private Universität ist weder Fluch noch Segen; sie hat ein Anrecht darauf, dass sie ungeachtet aller Ideologien auf ihre Fähigkeit geprüft wird, auf die Fragen und Bedürfnisse der Gesellschaft konkrete Antworten zu geben. Dazu müssen zunächst die Herausforderungen an die Hochschulbildung und Forschung in diesem phantastisch anmutenden Transformationsprozess, der die ganze Welt bewegt, definiert werden. Dies bedingt zudem, dass die verschiedenen möglichen Modelle analysiert und die private Universität mit anderen in Betracht zu ziehenden Modellen verglichen werden. Erst nach diesem im Folgenden erarbeiteten Schritt kann eine ausgereifte Antwort gegeben werden.

Die Herausforderungen an die Hochschulen in der Welt der drei leisen Revolutionen

Die jungen Menschen, die heute ihre Studien beginnen, werden im Jahr 2025 40 Jahre alt sein. Für sie, die in dieser sich so rasch verändernden Welt zu leben haben, muss die Universität entworfen werden. Sie werden mit drei bereits angebrochenen Revolutionen[2] konfrontiert: mit der wirtschaftlichen Revolution, die den Markt triumphieren lässt; der digitalen Revolution, die neue virtuelle Kontinente erschliesst, sowie der genetischen Revolution, die unsere Beziehung zum Leben verändert. Diese drei sich ergänzenden Revolutionen, die einige mit der Renaissance und andere mit der industriellen Revolution vergleichen und deren Auswirkungen wir noch nicht abschätzen können, sind die Basis der Wissensgesellschaft und der Wissensökonomie. Sie sind nicht aufzuhalten und tragen in sich die schönsten Versprechen und die schlimmsten Gefahren. Die Universitäten werden in ihrer Rolle als kritische Zeugen und Akteure dadurch nachhaltig herausgefordert.

Die wahrscheinlich wichtigsten Herausforderungen für die Universitäten der Zukunft sind die folgenden:

- Die Wissensbeherrschung wird immer mehr zu einem Schlüsselfaktor in Bezug auf die Autonomie des Einzelnen und seiner sozialen Integration. Die heute nur bedingt gegebene Chancengleichheit verlangt von den öffentlichen Körperschaften, dass sie das Niveau der Lehre sowie die Befähigung, das Lernen zu lehren, für die grösstmögliche Zahl an Individuen beständig verbessern. Die Schweiz ist quantitativ gesehen in einer schwierigen Lage: 30 Prozent der jungen Generation haben Zugang zu höherer Bildung, wohingegen der europäische Durchschnitt bei 45 Prozent liegt. In qualitativer Hinsicht entspricht unsere Stellung, was die elementare Beherrschung der Sprache und der Mathematik angeht, knapp dem Durchschnitt der OECD-Länder. Diese Situation stellt eine grosse Gefährdung für die langfristige Zukunft unseres Landes dar. Die Ausbildenden werden an der Universität ausgebildet: Mehr denn je hängt das allgemeine Bildungsniveau von den Universitäten ab.
- Das Wissen ist zum ausschlaggebenden Produktionsfaktor geworden. Vom Wissen hängt nicht nur das Überleben von immer mehr Unternehmen ab, sondern auch die Schaffung von Arbeitsplätzen

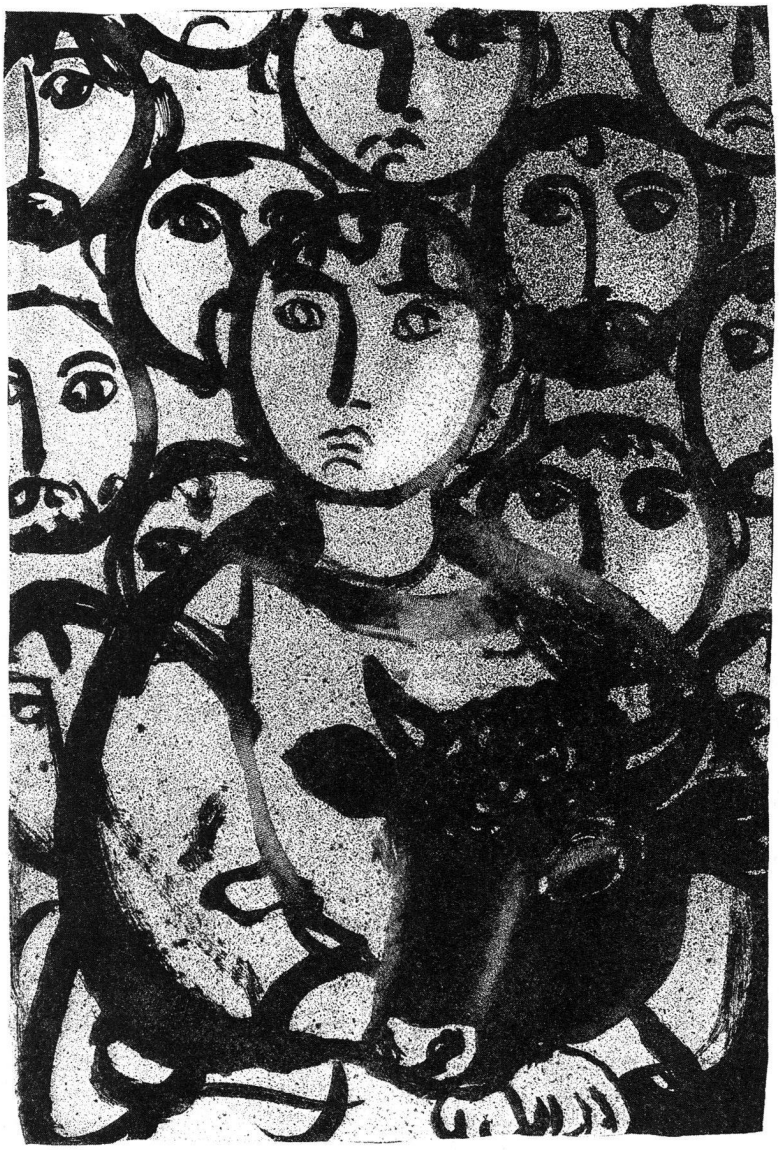
1 Die Bezeichnung «Universität» umfasst die ETH sowie die kantonalen Universitäten.

2 J.-C. Guillebaud, Le principe d'humanité, Ed. Seuil, 2001.

und die wirtschaftliche Situation der Staaten. Viele Unternehmen, die morgen unseren Wohlstand ausmachen, existieren heute noch gar nicht. Die neuen Kenntnisse, die in Zukunft die Entstehung und Entwicklung dieser Firmen ermöglichen, müssen heute in unseren Universitäten gewonnen werden. Die Universitäten befinden sich im Zentrum des technologischen Innovationsprozesses, der es erlaubt, Werte zu schaffen. Den Staaten obliegt nunmehr die Verantwortung, eine günstige wissenschaftliche Umgebung zu schaffen.

- Im Zeichen der wirtschaftlichen Globalisierung werden Wissenschaft und Technologie einem immer stärkeren Wettbewerbsdruck ausgeliefert sein. Sie sind mehr und mehr Teil der wissenschaftlich-wirtschaftlichen Konkurrenz unter den industrialisierten Ländern. Wissen, Profit und Macht werden vermehrt gefährliche Verbindungen eingehen. Es wird immer schwieriger, das intellektuelle Abenteuer vom wirtschaftlichen Interesse zu trennen. Die Universitäten werden also bedeutenden Interessenkonflikten ausgesetzt sein; sie laufen Gefahr, ihre Seele zu verlieren. Mehr denn je müssen sie die Bedeutungen ausleuchten und den kritischen Geist entwickeln, der allein die Hinterfragung des Einheitsdenkens ermöglicht. Wissenschaft erzeugen und sie mit humanistischer Vernunft kontrollieren: Diese zweifache Mission verlangt von den Universitäten eine praktische und anspruchsvolle Ethik.
- Das neue Wissen wird vermehrt in internationalen Wissensnetzwerken durch eine Kombination von Konkurrenz und Kooperation erlangt. Um in dieser internationalen «Konkurrenz» zu überleben, steht auch den Forschenden in der Schweiz nur die Exzellenz zur Wahl. Ein kleines Land, das nicht über einen «Masseneffekt» verfügt, muss seine Schwerpunkte bewusst wählen und die nationale Kooperation verstärken, um die «kritische Masse» zu erreichen. Erforderlich ist daher eine politische Lenkung des Systems über die Zusprache von Mitteln. Die Leistungserbringung des Ganzen muss sich gegenüber den momentanen Interessen der einzelnen Universitäten durchsetzen.
- Die Zeit ist vorüber, da die Studierenden ihre ganze Ausbildung an einer einzigen Universität erhielten. Insbesondere in Europa müssen sie das Wissen immer mehr dort suchen, wo es vermittelt wird. Die Zeit ist auch vorbei, in der die Lehrenden ihr ganzes Berufsleben an einer einzigen Alma Mater verbringen. In Zukunft werden sie an mehreren Hochschulen lehren und forschen müssen. Diese Perspektive bedeutet eine Chance für unser multikulturelles Land, und sie ist eine Folge unserer unerlässlichen Beteiligung am Europa des Wissens. Hier liegt das langfristige Schicksal der Schweizer Universitäten. Unser ganzes Universitätssystem wird also eurokompatibel; es wird sich im alten Europa verwurzeln müssen.

Lehre und Forschung werden in dieser Welt des Wandels eine prioritäre Inves-



Max Hunziker, Simplicissimus. «Lob der Hirten und angehängter trefflicher Instruktion.» S. 23.

Max Hunziker, Simplicissimus. Von dem mühseligen und gefährlichen Stand eines Regenten. Zürich 1945, S. 105.

tition darstellen. Die zunehmend autonomen Universitäten werden mehr denn je eine soziale Rolle und Verantwortung übernehmen, die weit über die herkömmliche Wissensvermittlung hinausgehen. Ihr Nutzen wird von ihrer Fähigkeit abhängig sein, Wert und Sinn zu erzeugen, den Wissensspeicher zu bereichern und die Zukunft zu erhellen, die Chancengleichheit zu stärken und gleichzeitig die besten Studierenden zu selektionieren. Sie werden eine zentrale Stelle einnehmen im Prozess der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Innovation unserer Gesellschaften. Immer mehr werden sie zu einem *Service public* im Dienste sowohl des Einzelnen als auch der ganzen Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Frage stellt sich, welcher der beste Status ist, damit sie diese komplexe Rolle übernehmen und die neuen Verantwortlichkeiten tragen können.

Die drei Universitätsmodelle

Drei Universitätsmodelle können die oben erwähnte Mission übernehmen:

Die Studierenden sind also in der Lage, Leistungen zu erwerben und die Kosten und Qualität der einzelnen Universitäten zu vergleichen.

1. Modell: Die unabhängige private Universität

Diese Universität kommt der Nachfrage der Studierenden nach Ausbildung entgegen. Falls ihre persönlichen Mittel nicht ausreichen, werden sie von der öffentlichen Hand unterstützt. Die öffentlichen Unterstützungen kommen dem Einzelnen zugute, nicht den Institutionen. So wie sich heute das Nachdiplomstudium und die Weiterbildung selbst finanzieren. Die Studierenden sind also in der Lage, Leistungen zu erwerben und die Kosten und Qualität der einzelnen Universitäten zu vergleichen. Im Spannungsfeld zwischen Angebot und Nachfrage sind die Mittel der Universitäten abhängig von der Anzahl der Studierenden und den verrechneten Kosten pro Studierendem. Im Bereich der Forschung würde sich nichts ändern: Der Schweizerische Nationalfonds und die Kommission für Technologie und Innovation finanzieren gemäss der seit 50 Jahren bestehenden angelsächsischen Tradition auf Wettbewerbsbasis die besten Projekte. Die Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen kaufen wie heute die Leistungen aufgrund frei verrechenbarer Kosten ein.

2. Modell: Die autonome öffentliche Universität

Diese Universität stellt einen *Service public* dar, der über keine garantierten Ressourcen und Kunden verfügt. Ihre Finanzierung ist abhängig von ihren Leistungen, insbesondere von der Anzahl Studierender (inkl. Nachdiplomstudium) sowie von der Qualität der von den Unternehmen und den staatlichen Verwaltungen erstandenen Leistungen. Die öffentliche Hand überweist die Ressourcen nur indirekt an die Studierenden: Die von den Studierenden frei gewählte Universität wird von den öffentlichen Körperschaften finanziert. Die Finanzierung basiert auf der Anzahl der Studierenden und den Standardkosten pro Studierendem; die Kosten berücksichtigen die Lehrfächer sowie die pädagogischen Praktiken. Die Konkurrenz richtet sich also nach der Qualität und nicht nach den Kosten. Die Handhabung der Forschung und Dienstleistung entspricht dem ersten Modell. Diese Mechanismen speisen ein globales Budget, welches das Rektorat in-

nerhalb der Universität frei zuteilt. Der gesellschaftliche und politische Bezug erfolgt über einen Leistungsvertrag zwischen der Universität und der Trägerschaft. Die Qualitätskontrolle übernimmt eine unabhängige Stelle. Die Mehrheit der schweizerischen und europäischen Universitäten tendiert zu diesem Modell.

3. Modell: Die staatliche Universität

Diese Universität verfügt über Ressourcen und eine Kundschaft, die von der öffentlichen Hand garantiert wird. Sie wird unabhängig von ihren Leistungen im Verhältnis zu ihren Ausgaben finanziert. Sie ist die mehr oder weniger angesehene Verlängerung der öffentlichen Verwaltung. Den wesentlichen Teil ihrer Entscheidungen trifft sie unter der Kontrolle der politischen Instanzen. Dies ist das Modell der Vergangenheit, das seit den Siebzigerjahren zunehmend hinterfragt wird und nur noch in gewissen Entwicklungs- oder Schwellenländern besteht. Es wird hier nur zur Erinnerung angeführt.

Zu wählen ist also zwischen einer privaten und einer autonomen Universität. Was sind die Unterschiede? Rein technisch gesehen gibt es nur zwei: die Finanzierung der Grundausbildung durch Subventionierung der Studierenden in der privaten Universität oder die Subventionierung der Universität aufgrund der Studentenzahlen in der autonomen Universität. Technisch gesehen sind diese Unterschiede gering, in praktischer und symbolischer Hinsicht jedoch sind sie von wesentlicher Bedeutung. Die kostenorientierte Konkurrenz könnte für die grosse Mehrheit der Studierenden die Chancengleichheit nicht mehr garantieren und den *Service public* genau zu jenem Zeitpunkt zerstören, an dem es darum geht, den Zugang zum Wissen zu fördern. Die Verstärkung der interuniversitären Konkurrenz könnte nur auf Kosten der nationalen Kooperation erfolgen, und dies zu einer Zeit, wo die Synergien für eine stärkere Präsenz in den internationalen Wissensnetzwerken gerade gefestigt werden müssten. Der soziale und politische Bezug würde untergraben, dabei sollte sich die Gesellschaft gerade auf solche Universitäten verlassen können, die fähig sind, den gesellschaftlichen Dialog zu fördern.

Die Leistungserbringung des Ganzen muss sich gegenüber den momentanen Interessen der einzelnen Universitäten durchsetzen.

Folgerung: Wir brauchen in Zukunft weder von der Politik abhängige staatliche Universitäten noch marktabhängige private Universitäten. Was wir brauchen, sind freie Universitäten, die nur sich selbst angehören. Die Schweizer Universitäten, die Eidgenossenschaft und die Kantone haben sich genau hierfür entschieden. ✦

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), für ein Gratis- oder Austauschabonnement. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 110.– (Ausland Fr. 131.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01 361 26 06, Telefax 01 363 70 05
E-mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch

Beat Sommer, *lic. phil., ist seit 1998 Rektor des Freien Gymnasiums und der erste Nicht-Theologe. Er studierte Anglistik an der Universität Zürich, unterrichtete unter anderem in São Paulo an der Schweizerschule und war danach als Internatsleiter am Lyceum Alpinum Zuoz tätig.*

Das Freie Gymnasium – eine Alternative zur Staatsschule

Beat Sommer, Rektor des Freien Gymnasiums Zürich (FGZ), im Gespräch mit Bernhard Ruetz, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liberalen Institut, Zürich

Im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen hat Zürich eine lange Tradition religionsneutraler Schulen. In der liberalen Regenerationszeit von 1830 bis 1847 verloren Kirche und Religion ihre Vormacht über das Zürcher Schulwesen. Vor allem auf der Ebene des Volksschulwesens entbrannte in den 1830er Jahren ein heftiger Streit zwischen Konservativen und Liberalen, welcher 1839 in einem Protestmarsch konservativer Bevölkerung aus dem Zürcher Oberland gegen die radikal-liberale Zürcher Regierung gipfelte, dem sogenannten Züriputsch. Im selben Jahr formierte sich ein «christlicher Verein zur Erhaltung des evangelisch-reformierten Glaubens an der Volksschule», aus welchem 1869 die Gründung des Evangelischen Seminars Unterstrass und in den 1870er Jahren eine Reihe Freier Primarschulen hervorgingen. Sie waren eine Reaktion auf die Totalrevision der Bundesverfassung von 1874, welche die konfessionelle und weltanschauliche Neutralität des Schulwesens statuierte. In diesem Zusammenhang entstand auch das Freie Gymnasium Zürich. 1888 ins Leben gerufen, begriff sich dieses nie als Konkurrenz, sondern als Alternative zum staatlichen Bildungszwang.

Bernhard Ruetz: Das Freie Gymnasium Zürich (FGZ) ist die traditionsreichste Privatschule Zürichs mit Hausmatur, das heisst mit einem an der Schule selbst zu erwerbenden staatlich anerkannten Maturitätszeugnis. In welchem historischen Umfeld wurde das FGZ gegründet, und welches waren die Beweggründe?

Beat Sommer: Von einem eigentlichen Gründungsvorgang lässt sich kaum sprechen. Es war einfach so, dass 1888 fünf Väter für ihre Söhne einen Lehrer suchten, der diese auf Grundlage des evangelisch-reformierten Glaubens ausbilden sollte und dies im Gegensatz zur staatlich verordneten konfessionellen und weltanschaulichen Neutralität. Andere Eltern fanden Gefallen daran, und so wuchs mit der Zeit die Schülerzahl und ebenso die Zahl der Abteilungen.

In welchem Verhältnis stand das FGZ in der Gründerzeit zu den staatlichen Behörden?

Die konfessionellen Schulen entstanden generell als Reaktion auf die Verstaatlichung des Bildungs- und Schulwesens, wie sie mit der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 sanktioniert wurde. Auch das FGZ hat seine Wurzeln im Kulturkampf, wie es die Bezeichnung «frei» auch ausdrückt. Religiöse Polemik, Frömmlerei und Staatskritik waren den Gründervätern aber fremd und sind es bis heute geblieben. Das FGZ suchte nicht den Konflikt, sondern einen gemeinsamen Weg mit den staatlichen Behörden, was ihm auch früh die staatliche Anerkennung in Form der Hausmatur einbrachte.

Wie ausgeprägt ist heute noch der konfessionelle Charakter des FGZ?

Das FGZ hat sich zu einer offenen liberalen Schule entwickelt. Auch Katholiken und Juden finden an unserer Schule Aufnahme. Wichtig ist uns nach wie vor eine christlich-humanistische Wertehaltung, welche wir auf undogmatische Weise zu leben und den Schülern zu vermitteln suchen.

Worin unterscheidet sich das FGZ gegenüber den staatlichen Mittelschulen?

Das FGZ vereint Vorbereitungsklassen, die Sekundarschule und das Gymnasium mit einem breiten Angebot an Maturitätsprofilen unter einem Dach und ermöglicht so eine grosse Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Abteilungen. Auf diese Weise können die Ausbildungswege sehr individuell auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten werden. Am FGZ legen wir grossen Wert auf das Gemeinschaftsleben und fördern den familiären Charakter unserer Schule durch vielfältige Aktivitäten und Anlässe. Lehrkräfte, Eltern und Ehemalige stehen in regem Kontakt miteinander und ergänzen sich im Bemühen, die

Schülerinnen und Schüler auf ihrem Ausbildungsweg zu begleiten. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu den staatlichen Schulen besteht auch darin, dass das FGZ schneller innovative Ideen umsetzen kann. So haben wir als erste Schule im Kanton Zürich dem Bedürfnis nach fundierten Englischkenntnissen durch zweisprachige Ausbildungsgänge Rechnung getragen. Nicht vergessen dürfen wir auch, dass das FGZ die Koedukation, also die gemeinsame Ausbildung von Knaben und Mädchen bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts einführte und damit den staatlichen Mittelschulen über Jahrzehnte voraus war.

Privatschulen haftet gewöhnlich etwas Elitäres an. Wie setzt sich die Schülerschaft des FGZ zusammen?

Es stimmt aber nicht, dass nur Söhne und Töchter aus reichem Haus unsere Schule besuchen.

Natürlich ist das durchschnittliche Schulgeld von 20 000 Franken pro Jahr eine gewisse Hürde. Nicht jeder kann sich diese Schule leisten. Zurzeit haben wir etwa 500 Schülerinnen und Schüler. Es stimmt aber nicht, dass nur Söhne und Töchter aus reichem Haus unsere Schule besuchen. Oftmals sind heute beide Elternteile berufstätig und können daher ihren Kindern eine private Ausbildung finanzieren.

Was kostet eine durchschnittliche Mittelschulausbildung am FGZ?

Das reine Schulgeld über sechs bis sieben Jahre gerechnet, ohne Bücher und Nebenkosten, bewegt sich ungefähr zwischen 120 000 und 140 000 Franken.

Nach welchen Kriterien erfolgt die Aufnahme am FGZ, und wer entscheidet darüber?

Max Hunziker, Simplicissimus. «... und edel Leben geführt ...» Zürich 1945, S. 112.

Die Aufnahme erfolgt für alle Schülerinnen und Schüler über eine schriftliche und mündliche Prüfung, die zum gleichen Zeitpunkt wie die Aufnahmeprüfungen an den öffentlichen Schulen durchgeführt wird. Somit ist gewährleistet, dass bereits der Entscheid zu Gunsten einer Ausbildung am FGZ gefällt sein muss. Vornoten zählen für das Prüfungsresultat nicht, spielen aber als massgebendes Kriterium für die Zulassung zu den Prüfungen eine Rolle. Zudem führen wir mit allen Kandidatinnen und Kandidaten und deren Eltern ein ausführliches, persönliches Aufnahmegespräch.

Werden auch Schüler aus finanziell bescheidenen Verhältnissen am FGZ aufgenommen, und wie gestaltet sich die Finanzierung?

Das FGZ ist eine Privatschule, die nach privatwirtschaftlichen, aber nicht gewinnorientierten Grundsätzen geführt wird. Die Finanzierung erfolgt ausschliesslich mittels Schulgeldern. Der Schulverein für das FGZ bildet die Trägerschaft. Die Schule verfügt bereits seit längerer Zeit über einen Stipendienfonds, der Schülerinnen und Schüler unterstützt, deren Eltern während der Schulzeit in eine finanzielle Notlage geraten. Der Stipendienfonds ist aber nicht dazu eingerichtet, von Beginn weg Unterstützung zu gewähren. Über das Konzept, Stipendien für qualifizierte Schülerinnen und Schüler zu vergeben, wie es an angelsächsischen Universitäten und Schulen besteht, denken wir nach, haben aber noch keine konkreten Massnahmen getroffen.

Wie wird der Stipendienfonds geäufnet?

Über zweckgebundene Spenden, beispielsweise von Eltern oder Ehemaligen.

Das Mittelschulgesetz vom Juni 1999 ermöglicht die Subventionierung von staatlich anerkannten Privatschulen wie dem FGZ. Besteht nicht die Gefahr einer zu starken finanziellen Abhängigkeit vom Staat, seinen Normen und Vorschriften und damit einer Blockierung von Effizienz und Wettbewerb im Bildungswesen?

Zunächst einmal ist das Mittelschulgesetz von 1999 für die nichtstaatlichen Schulen noch nicht in Kraft, da die Vollzugs-Verordnung, die vom Regierungsrat erlassen und vom Kantonsrat genehmigt werden muss, immer noch aussteht. Staatspolitisch betrachtet, halte ich das für höchst bedenklich. Ob daher überhaupt einmal Gelder fliessen werden, ist sehr fraglich. Laut Gesetz würden nichtstaatliche Mittelschulen höchstens einen Drittel der Kosten eines Kantonsschülers erhalten, also bei 21 000 Franken Schulgeld pro Jahr wären dies maximal 7000 Franken. Als staatlich anerkannte Privatschule unterstehen wir seit Jahrzehnten denselben Normen und Vorschriften wie die staatlichen Schulen. Unser Freiheitsspielraum ist bereits sehr eng, weshalb die Abhängigkeit auch im Falle einer allfälligen Subvention nicht weiter zunimmt. Gerade in der Umsetzung der Maturitätsreform hat sich der Kanton Zürich, obschon vom Bund mehr Spielraum bestand, sehr rigide gezeigt. Ich bedaure dies, zumal mehr Flexibilität in der Maturitätsausbildung für das FGZ nur von Vorteil gewesen wäre. Neben 20 Kantonsschulen können wir aber keinen Extrazug fahren. Sollten aber die Einschränkungen, um Gelder zu erhalten, noch weiter gehen, werden wir es uns gründlich überlegen, solche überhaupt in Anspruch zu nehmen. Wir haben uns seit 1888 selber finanziert und können das auch weiterhin tun.

Das FGZ ist eine Privatschule, die nach privatwirtschaftlichen, aber nicht gewinnorientierten Grundsätzen geführt wird.

Seit einiger Zeit wird in verschiedenen Kantonen über die Einführung von staatlichen Bildungsgutscheinen diskutiert. Ist das FGZ mit dem bisherigen System nicht besser gefahren? Bildungsgutscheine würden ja nicht nur die staatlichen, sondern auch die privaten Schulen unter grösseren Druck setzen, zumal sie aktiv Schülerinnen und Schüler anwerben müssten, um mehr Gelder zu erhalten. Damit würden sich auch die Aufnahmebedingungen und das Stipendienwesen verändern.

Von Bildungsgutscheinen wird nur oft gesprochen, eine Verwirklichung ist jedoch aus politischen Gründen in der Schweiz in den nächsten Jahren kaum realistisch. Andererseits würde der Bildungsgutschein für jeden Schüler, gleichgültig aus welchen Verhältnissen er stammt, erst eine freie Wahlmöglichkeit schaffen und damit auch eine echte Konkurrenzsituation. Mehr Konkurrenz hätte das FGZ sicher nicht zu fürchten, da wir ja bereits heute neue Schülerinnen und Schüler aktiv anwerben und vom Angebot am FGZ überzeugen müssen. Ich sehe jedoch das Modell der Bildungsgutscheine und darauf aufbauend der benützerfinan-

Wir haben uns seit 1888 selber finanziert und können das auch weiterhin tun.

zierten Mittelschulen eher als kontraproduktiv denn als Chance. Ich befürchte, dass wir in amerikanische Verhältnisse im Bildungswesen abgleiten könnten, wo zwar *mass education* gepredigt, aber nicht praktiziert wird. Ich befürworte das Schweizer Bildungssystem mit starken öffentlichen Schulen und mit einem alternativen, unabhängigen, aber anerkannten privaten Bildungssektor.

Die Frage ist nur, ob sich dieses Modell noch durchhalten lässt. Die Realität zeigt ja zumindest auf den unteren Schulstufen in eine andere Richtung.

Dem stimme ich zu. Die Zahl von Privatschulen mit speziellen Angeboten ist im Steigen. Die wenigen öffentlichen Tagesschulen zum Beispiel können der grossen Nachfrage von Seiten der Eltern nicht nachkommen und so entstehen in diesem Segment vermehrt private Alternativen. Ob sich dieser Trend bei den Mittelschulen fortsetzt, wage ich zu bezweifeln. Bei der heutigen Haltung aller Parteien und des Staats, die von einer wirklichen Liberalisierung der Mittelschulen nichts wissen wollen, ist das finanzielle Wagnis, eine private Mittelschule aufzubauen, viel zu hoch. Das gilt besonders auch für den Kanton Zürich, wo das Segment privater Mittelschulen ohnehin sehr klein ist. Nachdem wir über Jahrzehnte die einzige Schule im Kanton mit Hausmatur waren, haben wir jetzt mit der Freien Katholischen Schule, welche dieses Recht jüngst erhalten hat, etwas «Konkurrenz» erhalten.

Was halten Sie generell vom Modell benützerfinanzierter (Mittel-)Schulen?

Solange die staatlichen Mittelschulen ihre Qualität beibehalten – und ich sehe nicht ein, was sie daran hindern sollte – wäre ich einem solchen Modell nicht abgeneigt. Allerdings würde ein solches Modell ja erst mit der Einführung des Bildungsgutscheines möglich. Und diese halte ich in absehbarer Zeit für wenig wahrscheinlich, da sie, wie bereits erwähnt, mit gewissen Risiken verbunden ist.

Können private Mittelschulen ein Modell für private Universitäten sein? Ich denke zum Beispiel an eine engere Zusammenarbeit und gezieltere Vorbereitung auf gewisse Studien.

Heute bilden öffentlich anerkannte nichtstaatliche Mittelschulen ihre Schülerinnen und Schüler mit dem Ziel aus, dass sie an jeder Hochschule Zugang haben. Ob diese Abnehmer öffentlich oder privat sind, spielt deshalb für uns eine geringe Rolle. Natürlich ist es denkbar, dass mit einer privaten Universität, sollte sie denn gegründet werden, speziell Vereinbarungen getroffen werden könnten.

Im Zusammenhang mit dem Mittelschulgesetz haben vor allem die SP und die SVP die staatliche Unterstützung von Privatschulen kritisiert. Es werde dabei die Errungenschaft der säkularen staatlichen Mittelschulen gefährdet. Die Mittelschulausbildung müsse allen zugänglich und bekenntnisfrei sein. Der Staat habe für laizistische, der liberal-demokratischen Gesellschaft entsprechende öffentliche Schulen zu sorgen und sich daher nicht an privaten Schulen zu beteiligen.

Zu einem liberalen Staat gehört ein liberales Schulsystem, mindestens für die nachobligatorische Schulzeit. Ebenso gehört dazu ein Pluralismus. Auch wenn sich der Staat finanziell an nichtstaatlichen Schulen beteiligt, bleiben ja die laizistischen öffentlichen Schulen erhalten, und die Errungenschaft der säkularen Mittelschulen wird keineswegs gefährdet. ✦

Ich befürworte das Schweizer Bildungssystem mit starken öffentlichen Schulen und einem alternativen, unabhängigen, aber anerkannten privaten Bildungssektor.

Die Zahl von Privatschulen mit speziellen Angeboten ist im Steigen.

Der Geist ist kein Gefäss zum Auffüllen, sondern ein Feuer zum Entzünden.

Plutarch

Wettbewerb und Partnerschaft im Bildungswesen

Ausgewählte Informationen und Kontaktstellen

In der Schweiz:

Über 100 000 Schülerinnen, Schüler, Studierende und Lehrlinge aus verschiedenen Regionen unseres Landes und aus über hundert Nationen besuchen in der Schweiz eine Privatschule. Diese Privatschulen sind mitverantwortlich für unser qualitativ hochstehendes, differenziertes Bildungsangebot, das auf den Wandel individueller Bedürfnisse, auf persönliche Bildungsziele und auf neue Lebens- und Berufsbilder innovativ abgestimmt werden kann und auch bewährte, traditionelle Werte im Auge behält. Die Privatschulen sind auf schweizerischer Ebene in einem Verband zusammengeschlossen, dem 250 Schulen angehören. Weitere Informationen über:
www.swiss-schools.ch oder
VSP-Informations- und Vermittlungsstelle
Postfach 1488
CH-1211 Genf 1
Telefon ++41 (0) 848 88 41 51
Fax ++41 (0) 31 328 40 55

Die Privatschulen im Kanton Zürich sind ebenfalls in einem Verband zusammengeschlossen. Annähernd 6000 schulpflichtige Schülerinnen und Schüler des Kantons Zürich besuchen eine private, nicht subventionierte Schule. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich viele Privatschulen mit sehr unterschiedlichen Angeboten etabliert. Sie suchen sowohl den motivierenden Wettbewerb als auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der staatlichen Volksschule.
Weitere Informationen über:
www.v-z-p.ch

In der Bundesrepublik Deutschland:

Zurzeit formiert sich unter dem Namen «Bund für Bildung in Deutschland» eine neue Organisation, welche das Ziel verfolgt, mehr Freiheit, Verantwortlichkeit und Anreize für ein leistungsstarkes Bildungs- und Wissenschaftssystem zu erreichen.

Der «Bund für Bildung in Deutschland»

- setzt sich deshalb u. a. zum Ziel, die Kräfte an der Basis, in den Schulen, Universitäten bzw. ihren Fakultäten zu stärken und zu fördern, den Beruf des Lehrers und das Recht der Eltern aufzuwerten, die Entwicklung der Schulen zu lernenden Organisationen zu unterstützen, die ein Eigeninteresse an dem Erfolg ihrer Tätigkeit haben und aus diesem Erfolg existieren und ihre Tätigkeit unmittelbar am Fortkommen ihrer Absolventen in Beruf und Gesellschaft orientieren, die wissenschaftliche und wirtschaftliche Eigenständigkeit der Universitäten und anderen Hochschulen zu stärken und der wissenschaftlichen Lehre den gleichen Stellenwert wie der Forschung in den Universitäten einzuräumen,
- ist eine Vereinigung für all jene Bürger, Eltern, Schüler, Studierende, Lehrer, Professoren, Selbstständige, Politiker, Wirtschaftspersönlichkeiten und Verwaltungsexperten, die diese Grundüberzeugung teilen und sich ideell und materiell für ein modernes, leistungsfähiges, flexibles Bildungssystems einsetzen. (...)

Konkret geht es u. a. um:

- die Verselbstständigung der Hochschulen und Schulen als öffentliche Einrichtungen, die sich unmittelbar an den Bildungs-, Aus- und Weiterbildungswünschen der Eltern, der Schüler und Studierenden sowie den Erfordernissen der Praxis orientieren und für ihre Leistungen geradestehen
- die Stärkung des Rechts der Eltern und Studierenden durch Ausstattung mit Finanzmitteln zur Finanzierung von Kosten des Schul- bzw. Studienplatzes
- Gleichstellung öffentlicher und privater, staatlich anerkannter Schulen in der Finanzierung, insbesondere Abbau finanzieller Barrieren für private Schulen beim Zugang zum Bildungsmarkt, so z. B. durch Anwendung von Pro-Kopf-Pauschalen mit Investitionsanteilen
- Schutz der Bildungs- und Humankapitalfinanzierung vor politischen Interventionen durch Finanzierung über eigenständige Institutionen, z. B. Schaffung einer unabhängigen öffentlichen Bildungsbank
- teilweisen Ersatz der institutionellen Finanzierung von Schulen und Hochschulen durch Subjektfinanzierung (Einführung von Bildungsgutscheinen, Bürgergeld, Pro-Kopf-Pauschalen, echten Bildungskonten o. ä.)
- Abschaffung der zentralen Studienplatzvergabe und Herstellung von Wettbewerb zwischen Fakultäten
- Abbau des Bildungsprotektionismus und Schaffung eines europäischen Bildungsmarktes in Vielfalt
- Zulassung von Public-Private-Partnership-Modellen im Schul- und Hochschulbau, dort, wo sie die pädagogische und fachliche Funktionalität und Wirtschaftlichkeit steigern
- Mobilisierung privater Mittel für Bildung und Wissenschaft aus dem In- und Ausland (Spenden, Stiftungen, Leistungsaustausch)
- eine bildungs- und wissenschaftsadäquate Organisation und Finanzierung von schulischer und wissenschaftlicher Erziehung und Bildung und nicht um eine falsch verstandene Ökonomisierung, die Bildung und Wissenschaft unter den Primat der Ökonomie stellt

Interessensbekundungen und weitere Anfragen sind an *sekretariat@rhein-ruhr-institut.de,* zu Händen Prof. Dr. Ulrich van Lith zu richten. Zu bildungspolitischen Themen stehen im Übrigen unter der Internetadresse http://www.vanLith.de zahlreiche Informationen zur Verfügung.